



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Klarheit und Wahrheit – Konzept zur Sicherung und zum Einsatz der Lehrerstellen vorlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Sicherung und zum Einsatz der Lehrerstellen vorzulegen, im Hinblick auf den Bedarf von Lehrerstellen für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung, dem Abbau großer Klassen, dem Erhalt kleiner Grundschulen, der Schaffung eines „bedarfsgerechten flächendeckenden“ Angebots an Ganztagschulplätzen, der Inklusion, der Verbesserung der individuellen Förderung und der Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund.

Dabei wird dargelegt:

I. Bedarfe:

- Wie viele Stellen zum Erreichen einer 110-prozentigen Unterrichtsversorgung in allen Schularten erforderlich sind;
- Wie viele Stellen zum Abbau großer Klassen veranschlagt werden;
- Wie viele Stellen zum Erhalt kleiner Grundschulen in den nächsten Jahren zusätzlich veranschlagt werden müssen;
- Wie viele Stellen für den bedarfsgerechten flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen veranschlagt werden müssen, dabei sind Szenarien mit unterschiedlichen Bedarfen aufgrund unterschiedlich erwartbarem Nachfrageverhalten zu entwickeln;
- Wie viele Stellen zum Ausbau der Inklusion entsprechend der Garantieerklärung eines barrierefreien Bayerns erforderlich sind;

- Wie viele Stellen zur Verbesserung der individuellen Förderung in den jeweiligen Schularten eingesetzt werden;
- Wie Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund umgesetzt und durch Stellen abgesichert wird.

II. Ressourcen:

- Wie viele Lehrerstellen aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen rechnerisch frei werden („demografische Rendite“) und zwar pro Schuljahr in den nächsten fünf Jahren;
- Wie viele dieser Stellen konkret im Bildungssystem erhalten werden und in welchen Bereichen (Haushaltskapiteln) sie künftig verankert werden sollen;
- Wie viele Stellen aktuell mit einem „kw-Vermerk“ versehen sind oder anderweitig im Haushaltsvollzug entfallen sollen;
- Welche „kw-Vermerke“ im Nachtragshaushalt gestrichen werden sollen;
- Ob diese Stellen ohne „kw-Vermerk“ dann in andere Haushaltskapitel umgesetzt werden sollen;
- Wie viele der aktuell und in den vergangenen fünf Jahren vorhandenen Planstellen umgerechnet in Vollzeitstellen tatsächlich besetzt waren und sind;
- Ob die angegebenen Bedarfe mit den freiwerdenden Lehrerstellen aufgrund des Schülerrückgangs („demografische Rendite“) ausreichend finanziert werden können oder ob zusätzliche Lehrerstellen erforderlich sind.

Begründung:

Die Äußerung des Kultusministers, dass in diesem Haushaltsjahr 830 Lehrerstellen gestrichen werden, hat zu großer Verunsicherung in der Öffentlichkeit, insbesondere bei Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern geführt. Dazu kam die Meldung, dass die überwiegende Zahl von Referendarinnen und Referendaren im Februar keine Anstellung erhält, trotz guter und hervorragender Leistungen. Die Äußerungen aus der CSU Fraktion, dass „nur“ 196 Stellen gekürzt werden, hat nicht wirklich zu mehr Vertrauen in der Öffentlichkeit gegenüber der Verlässlichkeit der

Staatsregierung im Hinblick auf die Sicherung der Lehrerstellen geführt. Die immer wieder veränderten Zahlen verunsichern die Öffentlichkeit stark. Dies ist auch ein Ergebnis des jahrelangen Verwirrspiels seitens des Kultusministeriums um Stellen, die einerseits im Haushalt angeblich geschaffen oder andererseits gestrichen worden sind.

Dazu kommt das Wissen in der Öffentlichkeit, dass die so genannten „Garantieerklärungen“ des Ministerpräsidenten zum Ganztagsausbau, zum Erhalt kleiner Schulstandorte oder zur Inklusion eine erhebliche Menge an Lehrerstellen erfordern werden.

Daher müssen alle Fakten auf den Tisch, damit eine vernünftige Lehrerbedarfsprognose und Personalplanung möglich ist. Absichtserklärungen reichen nicht aus.